

Sicherheitspolitik neu und ganzheitlich denken

Politik und ihre Schwerpunkte werden oftmals von aktuellen Krise bestimmt. Oft geraten dann andere Themen in den Hintergrund. So war in den letzten zwei Jahren die Corona-Pandemie bestimmend, während die Sichtbarkeit militärischer Auseinandersetzungen abnahm. Nachdem Russland im Jahre 2014 erstmals die Ukraine angriff und die Krim gewaltsam annektierte, geriet dieser Konflikt durch die Flüchtlingskrise 2015 aus dem Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung. Auch wenn uns weniger Informationen zu diesen Konflikten erreichten, setzten die Konflikte sich dennoch fort und entwickelten sich für die breite Bevölkerung unbemerkt – wie jetzt durch den Angriffskrieg Russlands gegenüber der Ukraine deutlich wird. Ein heißer militärischer Konflikt ist für viele zum ersten Mal greifbar. Dennoch sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass in anderen Teilen der Welt weitere Konflikte schwelen, die in den nächsten Jahren größere Ausmaße annehmen könnten und teilweise bereits jetzt militärisch ausgetragen werden.

Vor diesem Hintergrund fühlt sich die Junge Union Schleswig-Holstein dazu verpflichtet, sich erneut dem Thema Sicherheitspolitik umfassend zu beschäftigen. Wir beziehen klar Position, denn internationale Sicherheitspolitik ist in unserer globalisierten Welt Voraussetzung für innere Sicherheit. Aus diesem Grund wollen wir Sicherheitspolitik neu und ganzheitlich denken.

Unsere Bundeswehr – eine vielseitige Verteidigungsarmee

Die letzten Jahre haben uns gelehrt, wann Diplomatie an ihre Grenzen stößt und dass militärische Stärke leider auch heute noch als Machtfaktor nicht wegzudenken ist. Wir brauchen eine starke Bundeswehr, wenn wir uns weiter im internationalen Raum behaupten wollen. Alle zehn Jahre erscheint ein neues Weißbuch für die Bundeswehr, in dem ihre strategische Ausrichtung festgelegt wird- in regelmäßigen Abständen. Diese neue Fassung des Weißbuches wird geänderte Bedingungen vorfinden. Wichtig ist, schon heute die gesammelten Erkenntnisse der gegenwärtigen internationalen Konflikte zu berücksichtigen. Die Junge Union Schleswig-Holstein steht für die folgend zukünftige Ausrichtung der Bundeswehr ein:

- Die Bundeswehr ist eine Verteidigungsarmee, die die territoriale Integrität Deutschlands und seiner Bündnispartner nicht nur bei einem Angriff des eigenen Territoriums, sondern auch im Rahmen seiner internationalen Verpflichtungen, im Cyberraum und im Weltall sichert.

Aus Sicht der Jungen Union Schleswig-Holstein ist es zu kurz gedacht, die Sicherheit Deutschlands nur an der Landesgrenze zu verteidigen. Durch internationale Dynamiken und digitale Räume muss das Blickfeld hier erweitert werden.

- Die militärische Verteidigung ist die Kernaufgabe der Bundeswehr. Ergänzende Fähigkeiten der humanitären und zivildienstlichen Hilfe sollen bewahrt werden.
- Zu den militärischen Fähigkeiten gehören des Weiteren: die Krisenfrüherkennung basierend auf einem Strategic Review, die Bekämpfung von internationalem Terrorismus und die Forschung an neuen Schlüsseltechnologien.
- Die Bundesrepublik Deutschland bekennt sich zu ihrer nuklearen Teilhabe und erhält diese aufrecht. Hierbei ist die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene und mit unseren Bündnispartnern zu stärken.
- Ein besonderer Fokus sollte dabei auf die Krisenfrüherkennung gelegt werden.

Die Bundeswehr ist eine Armee und keine Organisation zur Katastrophenhilfe. Es müssen in der Zukunft aufs Neue die richtigen Schwerpunkte gesetzt werden, um damit diesen Eindruck in der Bevölkerung entgegenzusteuern. Hierbei soll der Ausbau von militärischer Kompetenz nicht lediglich als Stärkung der Streitkräfte verstanden werden. Ein besonderer Schwerpunkt sollte aufgrund der Weltlage vor allem auf der Krisenfrüherkennung liegen, aber auch ein „Strategic Review“ sollte als systematische Analyse vergangener Aktivitäten durchgeführt werden. Hiernach sind zukünftige Handlungen, hinsichtlich der gegenwärtigen Verhältnisse, auszurichten. Dabei sollen fortwährend Fehler und Chancen erkannt und identifiziert werden. Die Kompetenz in der Katastrophenhilfe soll dabei erhalten bleiben. Wir bekennen uns zur nuklearen Teilhabe im Rahmen unserer internationalen Verpflichtungen und somit auch zur Stationierung und Vorhaltung von Transportflugzeugen von Atomwaffen. Die strategische Abschreckung muss zur Friedenssicherung zwingend erhalten bleiben. Wir bekennen uns zu unserem Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Zeitgleich wollen wir unsere Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern, insbesondere Frankreich und Großbritannien, intensivieren, um auch unabhängig von den Vereinigten Staaten agieren zu können.

Auch der Weltraum ist für unsere Sicherheit von zunehmender Bedeutung. Schon jetzt sind wir u.a. bei der Navigation, Steuerung, Kommunikation, Meteorologie und sonstiger Aufklärung auf den Einsatz von Satelliten angewiesen. Wir stellen deshalb die folgenden Forderungen:

- Das 2021 in Dienst gestellte Weltraumkommando der Bundeswehr ist in allen notwendigen Belangen zu stärken

- Der Weltraumbahnhof in Französisch-Guayana soll als gemeinsamer europäischer ziviler und militärischer Standort ausgebaut werden.

Inzwischen ist es möglich, dass einige Länder Satelliten stören und zerstören können. Eine solche Aktion hätte verheerende Auswirkungen auf zum Teil kritische Infrastruktur. Solche Aktionen muss das Weltraumkommando der Bundeswehr verhindern können. Hierfür sollte die Bundeswehr das Weltraumkommando am Standort Französisch-Guayana ausbauen und einen festen Stützpunkt errichten, um jederzeit einschreiten zu können. Die Infrastruktur und die Kompetenz in Französisch-Guayana muss hinsichtlich der Wartung und der Installation von Satelliten gestärkt werden.

Der Einsatz der Bundeswehr im Inneren ist Gegenstand von Diskussionen, in denen dieser entweder kritisiert oder stärker gefordert wird. Die Wehrverfassung bedarf keiner Änderungen. Die Bundeswehr kann im Inneren im Rahmen der Amtshilfe eingesetzt werden, um die zuständigen Polizeibehörden bei Bedrohungslagen im Inneren zu unterstützen und ihre Expertise einzubringen. Dazu sind aus Sicht der Jungen Union Schleswig-Holstein die folgenden Forderungen zu erfüllen:

- Die Bundeswehr hat mit den Sicherheitsbehörden des Inneren mindestens jährlich gemeinsame Übungen durchzuführen.
- Es ist ein nationaler Sicherheitsrat einzurichten, dem Bundeswehr und Sicherheitsbehörden des Inneren angehören.

Damit im Ernstfall eine effektive Zusammenarbeit möglich ist, muss diese trainiert und dauerhaft in einem nationalen Sicherheitsrat koordiniert werden.

Die Bundeswehr als attraktiver Arbeitgeber

Um die gestellten Aufgaben erfüllen zu können, muss die Bundeswehr entsprechend ausgestattet werden. Dies gilt sowohl personell als auch bezogen auf das militärische Gerät und die Infrastruktur. Es braucht strukturelle Reformen, wie die Bundeswehr als Arbeitgeber attraktiver werden kann. Die Bundeswehr gehört mit rund 265.000 Mitarbeitern zu einem der größten Arbeitgeber Deutschlands. Um das angestrebte Ziel einer Truppenstärke von 198.000 Soldaten und 61.400 Mitarbeitern im Zivildienst im Jahr 2024 zu erreichen, muss es für Arbeitnehmer attraktiv sein, eine berufliche Laufbahn bei der Bundeswehr einzuschlagen. Unter diesen Gesichtspunkten sowie in Anbetracht des engagierten Einsatzes der Bundeswehr auf der einen Seite und der zu geringen Anerkennung für den Dienst an der Gesellschaft auf der anderen Seite, stellt die Junge Union Schleswig-Holstein die folgenden Forderungen:

- Schulen sollen dazu verpflichtet werden, zur Berufsorientierung einen Vertreter der Bundeswehr einzuladen.
- Der Wehrdienst, der Freiwillige Wehrdienst und auch „Dein Jahr für Deutschland“, der Freiwillige Wehrdienst im Heimatschutz, sind noch offensiver mit all ihren Möglichkeiten und verschiedenen Schwerpunkten zu bewerben.
- Die Anerkennung des Engagements bei der Bundeswehr in Auswahlverfahren soll durch Anerkennung von Ausbildungsinhalten im Rahmen des Studiums oder einer Ausbildung gesetzlich festgeschrieben und somit weiter ausgebaut werden. Dies soll gleichermaßen auch für zivile Freiwilligendienste gelten.
- Die Einführung eines Pflichtjahres, auch damit junge Menschen ein intensiver Einblick in die Arbeit der Bundeswehr aber auch zivilen Hilfsorganisationen gegeben werden kann und die Zahl der Reservisten erhöht wird.
- Die Möglichkeit für Schülerinnen und Schüler von Schnuppertagen im Rahmen des Boys and Girls Days sowie die Möglichkeit von Betriebs- und Wirtschaftspraktika bei der Bundeswehr soll stärker ausgebaut und beworben werden.
- Die Infrastruktur der Bundeswehr zur Unterbringung der Soldaten und Soldatinnen muss zur Attraktivitätssteigerung erheblich modernisiert werden.

Aktuell erfährt die Bundeswehr in unserem Land zu wenig positive Aufmerksamkeit und Anerkennung. In Schulen, an Universitäten und in der Gesellschaft wird ein eher negatives Bild von einer funktionsunfähigen Bundeswehr gezeichnet, das verhindert, dass junge Menschen den Berufsweg der Bundeswehr als attraktiv erachten und eine solche Laufbahn anstreben würden. Es wird zudem zu wenig über die Arbeit und die Tätigkeit der Bundeswehr informiert und aufgeklärt. Ziel sollte es sein, die Bundeswehr stärker in unserer Gesellschaft zu verankern und sichtbar zu machen, um das Interesse der Bevölkerung wieder zu erhöhen. Die Möglichkeiten innerhalb der Bundeswehr für junge Menschen, nach der Schule – auch in Kombination mit beispielsweise Auslandsaufenthalten –, nach einer abgeschlossenen Ausbildung oder dem Studium sind allerdings unzureichend in der Breite der Bevölkerung bekannt. Um das Ansehen und damit auch das Interesse, sich über Berufsmöglichkeiten der Bundeswehr zu informieren, zu steigern, sollte die Bundeswehr noch offensiver für den Freiwilligen Wehrdienst bzw. die zivilen Laufbahnen und den Beruf des (Zeit-)Soldaten bzw. der (Zeit) Soldatin werben. Des Weiteren führt die Anerkennung des Engagements der Bundeswehr auf dem weiteren Berufsweg zu einer weiteren Attraktivitätssteigerung.

Ferner stellt die Junge Union Schleswig-Holstein im Rahmen der Frauenförderung in der Bundeswehr die folgenden Forderungen:

- Das Coaching-Programm Referenta ist weiterzuführen und auszubauen, um Frauen in Führungspositionen innerhalb der Bundeswehr zu stärken.
- Es sind Gynäkologinnen und Gynäkologen bei der Bundeswehr für die Soldatinnen als Ansprechpartner bereitzustellen und bei der Bundeswehr auszubilden.
- Es sollen Maßnahmen ergriffen werden, um Familie und Bundeswehr besser vereinbaren zu können.

Eine Studie der NATO Science & Technology Organization (STO) zeigt auf, dass Kampfeinheiten durch die Beteiligung von Frauen effizienter werden. Deshalb ist es unerlässlich, Frauen einzusetzen und zu fördern. Da Frauen in der Bundeswehr immer noch die Minderheit darstellen, sollen die Maßnahmen dazu beitragen, dass sich mehr Frauen für einen Karriereweg bei der Bundeswehr entscheiden. Ein wichtiger Punkt sind dabei die Dienstpostenbeschreibungen. Es geht nicht nur darum, die Anforderungen zu verringern, sondern Frauen, die unter Umständen körperliche Voraussetzungen nicht erfüllen, trotzdem den Einsatz in einem bestimmten Truppenteil zu ermöglichen. Das dient dem Ziel, die Bundeswehr durch die gezielte Nutzung individueller Potenziale und Fähigkeiten zu stärken. Das Coaching-Programm Referenta dient dazu mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen. Dies ist unbedingt fortzuführen und weiter auszubauen. Insbesondere bei Frauen spielt das Thema Familienplanung eine entscheidende Rolle. Um auch hier die Attraktivität der Bundeswehr zu steigern, sind Frauen bestmöglich zu unterstützen. Dabei ist es unverständlich, dass es keine durch die Bundeswehr ausgebildeten Gynäkologinnen und Gynäkologen gibt. Dies muss verändert werden. Es sind Maßnahmen zu erarbeiten, wie Familie und Bundeswehr besser zu vereinbaren sind, wie zum Beispiel die Vereinfachung der Beantragung von Elternzeit.

Durch den Anstieg der internationalen Krisen wächst auch das Aufgabengebiet der Bundeswehr. Um den Aufgaben dennoch gerecht zu werden, sind folgende Forderungen zu erfüllen:

- Die Bundeswehr ist – abseits von militärischen Aspekten – an Effizienz auszurichten. Dabei sind sowohl die Truppenstärke zu erhöhen als auch Prozesse und Abläufe zu standardisieren und zu optimieren.
- Jedem Verband steht ein uneingeschränktes Kontingent an Wehrübungstagen zur Verfügung.
- Es ist eine Strategie zu entwickeln, wie auch andere Berufsgruppen ohne militärischen Hintergrund die Bundeswehr unterstützen können und somit Verteidigung zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zu machen.

Auch wenn es sich bei der Bundeswehr um einen sicherheitspolitischen Bereich handelt, der strengen Vorgaben unterliegt, muss es das Ziel sein, Abläufe und Prozess effizient zu gestalten. Dieser Aspekt soll in der Zukunft noch mehr Beachtung finden. Die Truppe muss nicht zwingend

personell aufgestockt werden, sondern ihr vielmehr zu mehr Stärke durch Prozessverbesserungen verholfen werden. Die Gruppe der Reservistinnen und Reservisten, welche in einem Konfliktfall rekrutiert werden können, ist zudem zu erhöhen. Momentan gibt es ca. 950.000 Reservistinnen und Reservisten der Bundeswehr in der deutschen Bevölkerung, was etwa 1% der Gesamtbevölkerung entspricht. In anderen Ländern wie z.B. Finnland beträgt der Reservistenanteil mehr als 15% der Gesamtbevölkerung. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine zeigt, wie wichtig Reservistenverbände zur Landesverteidigung für die Ukraine sind. Daher soll nicht nur die Anzahl der Reservistinnen und Reservisten, sondern auch ihre Einsatzbereitschaft durch ein häufigeres und intensiveres Training deutlich erhöht werden. Zudem muss Verteidigung unseres Landes als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aufgefasst werden. Es sind deshalb Pläne zu entwickeln, wie auch andere Berufsgruppen insbesondere im Krisenfall unterstützen können.

Ausrüstung und Infrastruktur als Schlüssel zum Erfolg

Nur wer die entsprechende einsatzfähige Ausrüstung besitzt, kann sich im Ernstfall verteidigen. In den letzten Jahren entstand der Eindruck, dass dies nicht die höchste Priorität innerhalb der Bundeswehr und des Bundesverteidigungsministeriums hatte. Zielführende Reformen blieben bisher aus. Dies gilt es schnellstmöglich zu ändern und die Ausrüstung der Bundeswehr einsatzfähig zu machen. Aus diesem Grund stellt die Junge Union Schleswig-Holstein die folgenden Forderungen:

- Das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) ist grundlegend zu reformieren. Dabei sind neben den Sicherheitsaspekten auch wirtschaftliche Aspekte zu berücksichtigen.
- Der reformierte Beschaffungsprozess für die Ausrüstung der Bundeswehr ist unter strengen Datenschutzvorschriften innerhalb der nächsten fünf Jahre vollständig zu digitalisieren.
- Im Zuge der Digitalisierung sind die Beschaffungsprozesse insbesondere für Verbrauchsmaterialien zu dezentralisieren und automatisieren. Damit geht eine digitale Bestandsführung einher. Zusätzlich sind analoge Beschaffungswege für den Krisenfall vorzuhalten.
- Die 25-Millionen-Euro-Vorlage ist auf 100 Millionen Euro anzuheben.
- Bei Modernisierung von Brücken und Straßen soll zukünftig auch auf die Tragfähigkeit von militärischen Fahrzeugen geachtet werden. Darüber hinaus sind im Schienen- und Eisenbahnnetz Ressourcen zu bestimmen, die im Notfall als Truppentransportmittel dienen können. Weiterhin ist zu prüfen, in welcher Form die bestehende Schutzinfrastruktur für die Bevölkerung reaktiviert werden kann.

189 Eine Bundesbehörde sollte sich kostenseitig an wirtschaftlichen Benchmarks orientieren und ihre
190 Prozesse daran ausrichten. Dies scheint beim BAaNBW nicht der Fall zu sein. Aus diesem Grund
191 besteht hier ein dringender Reformbedarf. Beschaffungsprozesse, Lagerhaltung und Bestandsführung
192 sind heutzutage digitalisierte Prozesse. Auch wenn Rüstungsgüter strengerer
193 Sicherheitsbestimmungen unterliegen, sind die Best Practice-Beispiele aus der freien Wirtschaft auf
194 das Beschaffungswesen der Bundeswehr zu übertragen. So können Papier und Personal gespart
195 werden, wenn unter anderem zu einem Kanban-Prinzip übergegangen wird, beispielsweise bei der
196 Beschaffung von Verbrauchsmaterialien wie Schrauben. Des Weiteren muss zu jeder Zeit ein
197 Überblick über alle Bestände der Bundeswehr bestehen. Aktuell müssen alle Beschaffungsvorhaben
198 der Bundeswehr über 25 Millionen Euro im Haushaltsausschuss beraten werden. Beschaffungen in
199 anderen Ministerien unterliegen diesen Regeln nicht. Um Beschaffungen zu beschleunigen, soll die
200 25-Millionen-Euro-Vorlage auf 100 Millionen angehoben werden.

201 Zudem stellt die Junge Union Schleswig-Holstein die folgenden Forderungen an größere
202 Beschaffungsvorhaben:

- 203 • Eine europaweite DIN-Norm für die Beschaffung von militärischer Ausrüstung ist einzurichten
204 und abgestuft umzusetzen, um nationale Sonderlösungen zu vermeiden und eine bessere
205 innereuropäische Kooperation des Militärs zu ermöglichen
- 206 • Bei der Rüstungsbeschaffung sind militärische und nicht wirtschaftliche Aspekte zentrale
207 Entscheidungskriterien. Dabei ist das nationale Sicherheitsinteresse zu berücksichtigen,
208 wonach Rüstungsgüter in bestimmten Bereichen in Deutschland hergestellt werden müssen.
209 Gleichzeitig sollen in Zukunft bestehende Systeme von Bündnispartnern mehr
210 Berücksichtigung bei der Ausstattung der Bundeswehr finden. Dazu ist eine gemeinsame
211 europäische Rüstungspolitik zu etablieren sowie der europäische Rüstungsmarkt zu stärken.
- 212 • Um die Anforderungen der Streitkräfte zu erfüllen, soll ein zielgerichteter Anforderungs- und
213 Anforderungsänderungsprozess definiert werden, der jede Anforderung auf ihr Kosten-
214 Nutzen-Verhältnis prüft. Dies gilt auch für Rüstungsk Kooperationen, die grundsätzlich zu
215 befürworten und voranzutreiben sind, aber den Prozess nicht lähmen dürfen. Der
216 Vergabeprozess sowie die Kosten sind transparent darzulegen.
- 217 • Die Verträge sind konsequenter zu gestalten und durchzusetzen, indem nur einwandfreie
218 Produkte abgenommen und etwaige Maluszahlungen bei Verzögerungen Anwendung finden.
- 219 • Es ist ein langfristiger Investitionsplan vorzulegen, um eine zukunftsorientierte Ausrüstung
220 sicherzustellen.
- 221 • Bei der Ausstattung der Bundeswehr sind auch Infrastrukturen für Übungen und
222 Simulationen zu berücksichtigen.

- Die Übungen der Bundeswehr sind zukünftig stärker in den öffentlichen Raum auszuweiten und nicht nur auf Truppenübungsplätze zu beschränken. Hierbei ist auch eine freiwillige Einbindung der Zivilbevölkerung möglich. Dies bietet sich insbesondere für Übungen im Bereich des Katastrophen- und Zivilschutzes an. Dies führt auch zu einer höheren Visibilität der Bundeswehr im öffentlichen Raum.
- Mindestens die von der NATO geforderten 20% des gesamten Wehretats sind in Ausrüstung, Ersatzteile, Waffensysteme und vor allem Munition zu investieren, und Ausrüstung und Ersatzteile sind auf Vorrat zu kaufen, anstatt sie von Einsatz zu Einsatz in geringen Mengen für begrenzte Einheiten anzuschaffen.
- Es ist eine Einsatzbereitschaftsquote in Höhe von 66% für die Waffensysteme der Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine zu verankern.

Es erscheint nicht zielführend, wenn jedes Land seine eigenen Standards an militärisches Gerät definiert. Es müssen aus diesem Grund verbindliche Standards geschaffen werden, um die Interoperabilität mit unsern Partnern innerhalb und außerhalb der NATO zu gewährleisten. Dazu gehört ein strukturierter Beschaffungsprozess, in dem auch nicht zwingend erforderliche Anforderungen abgelehnt werden. Es geht hierbei darum, ein verteidigungsfähiges Gerät zu designen und nicht jeden Sonderwunsch zu erfüllen. Bei diesem Beschaffungsprozess sind ein europäischer Ansatz und die damit verbundenen Rüstungsk Kooperationen im Gegensatz zu nationalen Alleingängen zu befürworten. Auch führen nachträgliche Anforderungsänderungen oder eine intransparente Vergabe zu erhöhten Kosten, dem entgegenzuwirken ist. Des Weiteren ist eine langfristige Planung erforderlich, um die langen Konzeptions- und Beschaffungsphasen für militärische Ausrüstung entsprechend zu berücksichtigen. Hinzu kommt, dass es bei der militärischen Ausstattung nicht nur um Panzer und Waffen geht, sondern auch um Übungsräume wie Schwimmhallen und Simulatoren. Für diese ist genauso eine langfristige Planung aufzustellen, um sicherzustellen, dass die Soldatinnen und Soldaten geeignete Ausbildungsbedingungen wiederfinden. Bislang beschränken sich Manöverübungen der Bundeswehr auf wenige Truppenübungsplätze in Deutschland. Das schränkt ihre Möglichkeiten ein, verschiedene Territorien kennenzulernen. Würden Manöver auf den öffentlichen Raum ausgeweitet werden, würden der Bundeswehr verschiedene Infrastruktur und somit mehr Übungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Die Bundeswehr als Teil unserer Gesellschaft

Für die Junge Union Schleswig-Holstein gehört die Bundeswehr in die Mitte unserer Gesellschaft. Aus diesem Grund stellen wir die folgenden Forderungen:

- Die Bundeswehr muss stärker mit Universitäten, Forschungsinstituten und Schulen kooperieren.
- Die zwei Universitäten der Bundeswehr in München und Hamburg sind bedarfsgerecht auszubauen.
- Die Institutionen der Jugendoffizierinnen und -offiziere ist auszubauen. Dabei zählt es zu den originären Aufgaben, sich nicht nur mit Schulen und Universitäten, sondern auch mit Vereinen und politischen Organisationen auszutauschen.
- Es sollen Ordensverhängungen und Gelöbnisse verstärkt öffentlich durchgeführt werden. Auch die Rückkehr aus Auslandseinsätzen muss in die Öffentlichkeit getragen werden.

Um die genannten Aufgaben der Bundeswehr zu erfüllen, sind Kooperationen mit Universitäten, Forschungsinstituten und Schulen unerlässlich. Nicht nur um Wissen der Expertinnen und Experten zu nutzen und so Synergien zu schaffen oder Personal zu gewinnen, sondern auch um die Bundeswehr in der Mitte unserer Gesellschaft zu verankern und deutlich zu machen, dass militärische Forschung essentielle Voraussetzung für unsere Sicherheit ist. Freiwillige Zivilklauseln an Hochschulen oder Universitäten soll durch das Hochschulgesetz untersagt werden. Außerdem muss die Forschungskompetenz und der Forschungsumfang der Bundeswehr in neuen Technologien (z.B. Cybersicherheit, bewaffnete Drohnen, Kommunikationstechnologien) verbessert werden. Bislang gibt es zusätzlich einen Personalmangel an Hochschulinstituten, die sich mit Verteidigungs- und Sicherheitspolitik beschäftigen, der behoben werden muss. Dazu müssen die vorhandenen Universitäten der Bundeswehr personell und materiell deutlich besser ausgestattet werden. Zudem müssen weitere Forschungseinrichtungen der Bundeswehr aufgebaut und existierende Forschungsk Kooperationen mit anderen zivilen Forschungseinrichtungen verstärkt werden. Des Weiteren ist es wichtig, einen Austausch zwischen Gesellschaft und Bundeswehr herzustellen. Dafür sehen wir die Jugendoffizierinnen und -offiziere als wichtige Institution an, die diesen Dialog mit allen Interessierten führen muss. Öffentliche Orden und Gelöbnisse sollen zudem die Sichtbarkeit der Bundeswehr im Alltag erhöhen.

Katastrophenschutz im Inland

Sicherheit ist auch im Inland zu gewährleisten. Dabei spielt der Bevölkerungsschutz der Landesregierung eine zentrale Rolle. Die zunehmende Zahl an Extremwetterereignissen als Folge des Klimawandels und die Corona-Pandemie haben uns die Schwächen im Katastrophen- und Zivilschutz vor Augen geführt. Um die gesellschaftliche Resilienz zu stärken und den Schutz der Bevölkerung zukünftig sicherstellen zu können, stellen wir die folgenden Forderungen.

- 287 • Der Zehn-Punkte-Plan für Bevölkerungsschutz ist konsequent umzusetzen. In das dabei zu
288 schaffende neue Lage- und Kompetenzzentrum ist der Gesundheitsschutz im
289 Katastrophenfall (z.B. Endemie- und Pandemielage) fest und nahtlos zu verankern. Das für
290 Gesundheit zuständige Ministerium mit den nachgeordneten Behörden muss einen
291 ständigen Sitz im Lage- und Kompetenzzentrum haben.
- 292 • Das öffentliche Bewusstsein für den Schutz vor Großschadensereignissen ist zu stärken. Im
293 Zuge des Nationalen Warntages sollen alle öffentlichen Einrichtungen unterstützt von den
294 Katastrophenschutzverbänden entsprechende Übungen durchführen.
- 295 • Es sind ausreichende Reserven anzulegen und kurzfristig einsatzbereite
296 Produktionskapazitäten für medizinische Produkte und Wehrtechnik etc. zu schaffen.
- 297 • Notstromversorgung und Hochwasserschutz für die kritische und insbesondere auch die
298 digitale Infrastruktur sind einzurichten.
- 299 • Die deutsche Katastrophenhilfe ist im europäischen Rahmen (HERA) zu integrieren.
- 300 • Abbau von bürokratischen und finanziellen Hürden bei Bevölkerungs- und
301 Hochwasserschutz.

302 Die Katastrophenschutzbemühungen zu Beginn der Corona-Pandemie wurden durch defizitäre
303 Krisenabläufe zwischen den zuständigen Behörden beeinträchtigt. Während die meisten
304 Katastrophenschutz-Organisationen an die Innen- und Zivilschutzministerien gegliedert sind, fällt die
305 leitende Zuständigkeit im Pandemiefall an das Bundesgesundheitsministerium mit seinen
306 nachgeordneten Behörden wie den Gesundheitsämtern. Um diesen Nachteil zukünftig zu vermeiden,
307 fordern wir die feste Einbindung des Gesundheitsschutzes in das neue Lage- und Kompetenzzentrum.
308 Die bundesweite Zivil- und Katastrophenschutzstrategie muss also auf der Krisenvorbereitung des
309 einzelnen Bürgers aufbauen. Neben vielen wichtigen Empfehlungen, wie der Bevorratung von
310 Lebensmitteln für vierzehn Tage, müssen wir weitere Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Deshalb fordern wir
311 regelmäßige Katastrophenschutzübungen in allen öffentlichen Einrichtungen. Eine direkte
312 Einbeziehung der Katastrophenschutzverbände wird deren Nachwuchsgewinnung unterstützen.

313 Die Geschwindigkeit, mit der wir im Laufe der Corona-Pandemie in der Lage waren, medizinische
314 Schutzmasken in ausreichender Zahl zur Verfügung zu stellen, kann in keinsten Weise
315 zufriedenstellen. Es sind schon heute entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um kurzfristige
316 Produktionsmöglichkeiten für medizinische Produkte oder Wehrtechnik zu schaffen. Im Zuge des
317 Klimawandels wird es zunehmend darauf ankommen, kritische Infrastruktur auch bei starken
318 Hochwasserereignissen in Betrieb zu halten. Bisherige Schutzkonzepte müssen auf das zu erwartende
319 Anforderungsprofil angepasst werden. Mit dem Voranschreiten der Digitalisierung gewinnt die
320 Strom- und Internetversorgung dabei einen zunehmenden Stellenwert.

321 Das Thema Lebensmittel spielt im Falle einer Krise eine entscheidende Rolle. Aus diesem Grund
322 sehen wir die folgenden Punkte als unerlässlich an:

- 323 • Die Zielmarke des Selbstversorgungsgrads von durchschnittlich 100% im Lebensmittelbereich
324 in der Europäischen Union muss erreicht werden.
- 325 • Freihandelsabkommen sind nachzuverfolgen, CETA ist zu ratifizieren und TTIP neu
326 aufzulegen.
- 327 • Die Zusammenarbeit mit Unternehmen aus der freien Wirtschaft ist im Bereich der
328 Lebensmittelvorsorge zu stärken. Die Kompetenzen der Unternehmen insbesondere im
329 Bereich der Logistik sind zu nutzen. Zudem sind Verträge mit Unternehmen zu schließen, die
330 diese dazu verpflichten, bestimmte Waren in bestimmter Menge für eine Mangelsituation
331 vorzuhalten.

332 Spätestens seit dem Ausbruch von Covid-19 ist der Begriff „systemrelevant“ im allgemeinen
333 Sprachgebrauch verankert. Neben der energetischen Infrastruktur gibt es viele weitere Bereiche, in
334 denen Deutschland und Europa sicher aufgestellt sein müssen. Dazu gehören neben Lebensmitteln
335 vor allem Medizintechnik und Krisenhilfe. Die Autarkie sollte innerhalb Deutschlands gestärkt werden
336 und starke Partnerschaften aufrechterhalten und ausgebaut werden.

337 **Deutschland in der Welt**

338 Deutschland ist ein Land, das weltweit als Vorbild angesehen wird, sich aber gleichzeitig nicht immer
339 in seiner eigenen Rolle sicher zu sein scheint. Um der Führungsrolle Deutschlands innerhalb Europas,
340 aber auch in der Welt, gerecht zu werden, bedarf es daher einerseits des Vertrauens in uns selbst, für
341 Freiheit, Demokratie, Sicherheit und Wohlstand zu stehen, und andererseits des Bewusstseins,
342 hierfür auch einstehen zu müssen. Dieser Schritt erfordert politischen und gesellschaftlichen Mut.
343 Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein:

- 344 • Deutschland muss sich seiner globalen Vorbildfunktion verstärkt bewusst sein und sich
345 entsprechend international mutiger und entschlossener verhalten.
- 346 • Deutschland muss fester und integraler Bestandteil der Europäischen Union bleiben. Die
347 Bundesrepublik soll sich stärker dafür einsetzen, dass die Europäische Union perspektivisch
348 erweitert und die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der Europäischen Union
349 vertieft wird.
- 350 • Die Europäische Union muss sich unter Berücksichtigung und Einbindung der NATO effektiver
351 im Sinne einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik einsetzen können.

- Das Prinzip der Einstimmigkeit in der europäischen Union muss abgeschafft werden, um außen- und sicherheitspolitische Ziele der großen Mehrheit durchzusetzen.

Als integraler und fester Bestandteil der Europäischen Union obliegt Deutschland ein besonderes Maß an Verantwortung. Die Europäische Union ist ein erfolgreiches Friedensprojekt, das dem Kontinent Stabilität, Wohlstand und Freiheit gebracht hat. Die Europäische Union ist jedoch strukturell und inhaltlich nicht ohne Probleme und Fehler. Ziel muss es sein, hierfür gemeinsame Lösungen zu finden und Verbesserungen anzustreben. Innerhalb der EU soll sich dafür eingesetzt werden, dass die Zusammenarbeit zwischen den Staaten auch weiterhin vertieft wird. Insbesondere bedarf es einer tieferen europäischen Integration im Bereich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Die Einstimmigkeitserfordernis hemmt diesen Kurs. Des Weiteren müssen sich alle Mitgliedstaaten bewusst sein, dass die EU im Einklang mit der NATO auch für gegenseitige militärische Unterstützung im Rahmen der europäisch geregelten Beistandsklausel entsteht.

- Die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO muss auch in Zukunft Grundlage unserer Außen- und Sicherheitspolitik bleiben. Wir bekennen uns zu jeglichen vertraglichen Verpflichtungen der NATO, insbesondere dem 2 % Ziel.
- Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss die Werte- und Strukturvorstellungen der freiheitlichen-demokratischen Grundordnung stärker als bisher berücksichtigen. Die Zusammenarbeit mit den USA, Großbritannien und allen anderen Staaten, die diese Vorstellungen teilen, sind daher beizubehalten und auszubauen. Daher müssen von Autokratien und Diktaturen gefährdete Staaten wie die Ukraine, Georgien, Republik Moldau, Israel, Taiwan, und die weiteren am südchinesischen Meer liegenden Staaten, Japan und Südkorea stärker unterstützt werden.
- Die Unterstützung von Ländern in den Bereichen des Brandschutzes, der Bergung und der Krankenversorgung ist eines der wichtigsten Instrumente einer möglichst langen Aufrechterhaltung der Wehrhaftigkeit. Um in diesen Bereichen schnelle und effiziente Hilfsleistungen zu gewährleisten ist ein Ausbau dieser Kompetenzfelder unerlässlich.

Im Bereich der Sicherheit ist auch in Zukunft auf die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO, die enge Bindung an die USA und auf weitere außereuropäischen freiheitliche Demokratien zu setzen. Dabei sind Möglichkeiten zu ergreifen, diesen Einfluss zu begegnen und europäische Interessen zu schützen. Gleichzeitig müssen Deutschland und die Europäische Union auch für weitere Regionen anschlussfähig bleiben. Deshalb dürfen Lateinamerika, Afrika, der Nahe und Mittlere Osten, Südostasien und der restliche Pazifikraum nicht aus dem Blickfeld verschwinden. Stattdessen müssen

385 globalpolitische Aspekte für die Ausrichtung von Politik auch in diesem Bereich bei der Abwägung
386 zukünftiger Zusammenarbeit eine größere Rolle spielen. Hierbei ist insbesondere die geostrategische
387 Ausbreitung chinesischen und russischen Einflusses aufmerksam zu verfolgen.

388 Die Zusammenarbeit im Rahmen der Außen- und Sicherheitspolitik ist insbesondere mit Partnern
389 auszubauen, die unsere Werte teilen. Dennoch müssen wir eingestehen, dass wir uns in einer
390 globalisierten Welt nicht davor verschließen können, mit Partnern Beziehungen zu pflegen zu
391 müssen, die nicht vollständig unseren Wertvorstellungen folgen. Es muss jeweils im Vordergrund
392 stehen, ob es tiefsitzende strukturelle oder strategische Gegensätze gibt. Das steht auch vor dem
393 Hintergrund eines neuen Verständnisses der Weltordnung, die sich derzeit rasant ändert. Dazu
394 gehört, zu erkennen, dass es sich bei der Volksrepublik China und bei der Russischen Föderation um
395 "systemische Rivalen" handelt. Diese Unterschiede führen zu einem Wettbewerb der Systeme,
396 welcher derzeit droht, in eine Eskalationsspirale zu führen. Es wäre falsch, die autoritären
397 Entwicklungen in der Welt widerspruchslos hinzunehmen. Gleichzeitig darf es keine neuen
398 militärischen Auseinandersetzungen in Europa geben. Dazu müssen unsere Streitkräfte stark genug
399 sein, um andere vom Einsatz militärischer Mittel abzuschrecken.

400 In Anbetracht des Eingeständnisses der immensen historischen Schuld ist Deutschland in
401 besonderem Maße dazu verpflichtet, die Sicherheit, den Bestand und die Freiheit Israels zu schützen.
402 Insofern besitzt das Land auch als einzige freiheitliche Demokratie im Nahen Osten unsere volle
403 Unterstützung.

404 Ein Land kann nur so lange seine Wehrhaftigkeit aufrechterhalten, wie es in der Lage ist, unter
405 anderem die Sektoren Brandlöschung, Bergung und Krankenversorgung zu gewährleisten. Aus
406 diesem Grund ist es entscheidend, Länder, die angegriffen werden, auch in diesen Bereichen
407 bestmöglich zu unterstützen.

408 Unter Einbeziehung der vorgenannten Aspekte bleibt es für uns unbestritten, dass internationale
409 Sicherheitspolitik und ihre verschiedenen Facetten auf europäischer Ebene zu denken sind. Aus
410 diesem Grund sind für uns die folgenden Punkte essentiell für eine gemeinsame europäische
411 Sicherheitspolitik:

- 412 • Es sind schon heute die Grundsteine für gemeinsame Verteidigungsstreitkräfte – wie unter
413 anderem im Strategischen Kompass beschrieben – zu legen. Dazu ist eine ständige
414 militärische Führung einzurichten. Diese wird durch das Europäische Parlament kontrolliert
415 und gesteuert.

- Es ist ein dedizierter Kommissar zu ernennen, der sich um das Thema Verteidigung und Sicherheitspolitik kümmert.
- Es sollen militärische Übungen mit Soldatinnen und Soldaten der gesamten EU durchgeführt werden. Hier ist die NATO mit einzubeziehen.

Europa muss die eigene Sicherheit in die eigenen Hände nehmen. Dies widerspricht nicht dem Friedensprojekt Europa. Vielmehr haben wir uns auch historisch dazu verpflichtet, diesen Frieden zu wahren. Dazu werden multinationale Zusammenschlüsse für Einzelprojekte, wie es bereits im Rahmen der European Union Force (EUFOR) geschieht, langfristig nicht ausreichen. Wir müssen langfristig Personen, Prozesse und Strukturen institutionalisieren, um im Ernstfall sofort als europäische Verteidigungsunion reagieren zu können. Der Strategische Kompass der Europäischen Union stellt dafür eine gute Basis dar. Dem Europäischen Parlament und einem neuen Kommissar für Verteidigung und Sicherheitspolitik kommen hier eine große Bedeutung zu. Es muss langfristig geplant werden, wie die rechtlichen Grundlagen für eine solche Streitkraft in Deutschland geschaffen werden können. Nichtsdestotrotz kann es schon im Vorfeld gemeinsame Übungen geben, die uns besser vorbereiten.

Cybersicherheit als essentieller Bestandteil der Sicherheitspolitik

Der Krieg gegen die Ukraine und insbesondere die Angriffe auf Satelliten-Internet-Systeme in den ersten Kriegstagen haben gezeigt, dass militärische Konflikte inzwischen auch im Cyberinformationsraum stattfinden. Dabei sind sowohl für den Bereich des Inneren als auch des Äußeren Maßnahmen zu treffen. Deshalb stellt die Junge Union Schleswig-Holstein die folgenden Forderungen:

- Es ist so schnell wie möglich eine Cyberhundertschaft einzurichten.
- Die Aufklärungsarbeit zu IT-Angriffen und, wie man sich vor ihnen schützt, ist auszubauen.
- Unternehmen sind bei der Umsetzung des IT-Sicherheitsgesetzes zu begleiten.
- Es ist mehr in die Umsetzung bereits vorhandener Schutztechnologien zu investieren.
- Das konsequente Umsetzen der Anwendung kryptographischer Verfahren zum Schutz von IT-Systemen und Kommunikationskanälen ist zu forcieren.

Straftaten im digitalen Raum stellen die Polizei aktuell vor große Herausforderungen. Um die Polizei zukunftsfähig zu machen, müssen zusätzliche Stellen für weitere Expertinnen und Experten insbesondere aus der IT und den Naturwissenschaften geschaffen werden. Um die notwendigen Fachkräfte zu finden, muss eine attraktive berufliche Perspektive eröffnet werden mit verschiedenen Fort- und Weiterbildungen sowie guten Ein- und Aufstiegsmöglichkeiten. Unternehmen verlieren

448 bereits heute Milliarden an Einnahmen durch Wirtschaftsspionage anderer Staaten. Eine
449 vernachlässigte IT-Infrastruktur in Unternehmen kann den gesamten Erfolg und das Überleben aufs
450 Spiel setzen. Hier ist der Staat gefragt, mehr Aufklärungsarbeit zu leisten und Unternehmen bei der
451 Umsetzung des IT-Sicherheitsgesetzes zu begleiten. Die Aufklärungsarbeit sollte sowohl in den
452 Schulen als auch über Kampagnen für die gesamte Bevölkerung erfolgen. IT-Sicherheit muss als ein
453 Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor fremden Mächten wahrgenommen werden. Der Schutz
454 kritischer Infrastruktur vor Cyberangriffen muss deshalb weiter fortgesetzt und die schon jetzt
455 geltenden Standards kontinuierlich erweitert werden. Daher müssen wir deutlich mehr in die
456 Umsetzung von bereits vorhandenen Technologien investieren. Die kryptographischen Verfahren
457 zum effektiven Schutz von IT-Systemen und zum sicheren Verschlüsseln von Daten sind bereits
458 vorhanden, aber an vielen Stellen nicht umgesetzt. Auch die beste Kryptographie nutzt wenig, wenn
459 der Anwender unsichere Passwörter verwendet. Das Bewusstsein für den sicheren Einsatz von
460 Informationstechnik muss in der gesamten Bevölkerung gestärkt werden. Deshalb stellt die Junge
461 Union Schleswig-Holstein die folgenden Forderungen:

- 462 • Staatliche Sicherheitsorgane sind auf die neuen Bedrohungen vorzubereiten.
- 463 • Die Polizei ist zur effektiven Gefahrenabwehr und Strafverfolgung im Internet zu befähigen.
464 Die Bundeswehr und die Bundespolizei sollen in die Lage versetzt werden, bei Cyberangriffen
465 auch Gegenangriffe zu unternehmen.
- 466 • Die Kompetenzerweiterung der Bundeswehr von Cybersicherheit bis hin zu elektronischer
467 Kriegsführung ist voranzutreiben.
- 468 • Das Cyber-Security-Operations-Center der Bundeswehr (CSOCBw) ist schnellstmöglich zu
469 erweitern.
- 470 • Es soll kein Offenhalten von Sicherheitslücken für Spionagezwecke geben.

471 Auch die Polizei und Bundeswehr müssen einen großen Rückstand in diesem Bereich aufholen. Die
472 Polizei muss insbesondere durch entsprechende Kompetenzen dazu befähigt werden, Straftaten im
473 Internet effektiv aufzuklären. Es ist nicht ausreichend, nur Kompetenzen in Bereichen der
474 Cybersicherheit bei der Landesverteidigung zu besitzen. Um bei Angriffen auf Augenhöhe agieren zu
475 können, müssen auch die Fähigkeiten für eine elektronische Kriegsführung beherrscht werden. Das
476 bewusste Offenhalten von Sicherheitslücken für Spionagezwecke halten wir für falsch.

477 **Energetische Versorgung in Schleswig-Holstein, Deutschland und Europa sichern**

478 Der Krieg in der Ukraine hat uns allen vor Augen geführt, dass viele vermeintliche Sicherheiten keine
479 Realität mehr sind. Nun kommen als Folgen der Sanktionen gegen Russland weitere Belastungen auf
480 die Bürgerinnen und Bürger zu. Es muss unser Ziel sein, zum einen kurzfristig Abhilfe auf dem

481 Energiemarkt zu schaffen. Zum anderen sind aber auch mittel- und langfristig Strategien für eine
482 energetische Sicherheit zu entwickeln. Aus diesem Grund stellt die Junge Union Schleswig-Holstein
483 die folgenden Forderungen:

- 484 • Der Aufbau der LNG-Terminals und der dazugehörigen Infrastruktur sind zeitnah umzusetzen.
- 485 • Durch den verstärkten Einsatz und den Abbau von bürokratischen Hürden wollen wir uns
486 durch andere insbesondere regenerative Energieträger unabhängiger von Energieimporten
487 machen.
- 488 • Es soll eine zeitlich begrenzte Laufzeitverlängerung von zwei Jahren, für die noch am Netz
489 befindlichen AKW auf den Weg gebracht werden.
- 490 • Die Forschung zur Nachverwendung abgeschalteter AKW ist zu intensivieren.
- 491 • Die Verfahren für energetische Bauprojekte, insbesondere für das Projekt „SuedLink“, sind zu
492 beschleunigen.
- 493 • Das Verbot für „Fracking“ (Hydraulic Fracturing) soll beibehalten werden.
- 494 • Es sind steuerfreie finanzielle Entlastungen für von der Gaskrise betroffene Bedürftige wie
495 z.B. Menschen mit geringem Einkommen oder kleiner Rente, Auszubildende, Schülerinnen
496 und Schüler, Studenten und Studentinnen und Unternehmen zu schaffen.

497 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert seit Langem LNG-Terminals. Sobald auf dem Weltmarkt
498 die Kapazitäten zur Verfügung stehen, sollten wir auch bereit sein, das Gas zu importieren. Dafür ist
499 ein konsequenter Ausbau der Infrastruktur vor Ort und der Terminals selbst notwendig. Ein
500 Negativbeispiel für solche Projekte erleben wir aktuell mit „SuedLink“. Die Stromtrasse hätte
501 eigentlich 2022 fertiggestellt sein sollen, mittlerweile wird 2028 angepeilt. Wir setzen uns dafür ein,
502 dass wir Kapazitäten speichern und bei Bedarf in den Süden bringen können. Darüber hinaus sollte
503 die Forschung zur Speicherung und effizienten Wiederfreigabe von Strom vorangetrieben werden.

504 Neben diesen zukunftsorientierten Projekten muss jetzt aber auch akut Abhilfe geschaffen werden.
505 Auf Seiten der Energieproduktion ist eine der wenigen aktuell verfügbaren CO₂-armen Methoden die
506 Kernenergie. Auch bei noch ungelösten Fragen wie der Endlagerung ist diese vor dem Hintergrund
507 der Klimakrise neben dem Kohleausstieg und der Umstellung von russischem Gas nicht entbehrlich.
508 Noch weitere Teile unseres Stroms aus Kohle zu produzieren, ist nicht sinnvoll. Die Forschung zu
509 weiteren nachhaltigen Technologien muss intensiviert werden. Dagegen halten wir die
510 Einstiegskosten, Anlaufzeit und Umweltrisiken beim „Fracking“ (Hydraulic Fracturing) für zu hoch und
511 befürworten einen Beibehalt des Verbots.

512 Monetär sehen wir den Staat in der Pflicht, vor allem denjenigen zu helfen, bei denen das eigene
513 Einkommen nicht ausreicht, um Mehrkosten aufzufangen. Hier sollten nicht Mittel nach dem
514 Gießkannenprinzip verteilt werden, sondern hilfsbedürftige Gruppen identifiziert werden.

515 **Pressefreiheit und Propaganda aus dem Ausland- Freie unabhängige Medien versus** 516 **staatlich gelenkte Propagandamaschinerien**

517 Fake News und Desinformationen als Begleiterscheinung eines Krieges sind nicht neu. Spätestens seit
518 dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat die Dimension von staatlich gelenkten
519 Propaganda-Beiträgen aus dem Ausland jedoch eine neue Qualität erreicht und massiv zugenommen.
520 Die sogenannten „Bot-Fabriken“ aus Russland oder China haben weltweit zweifelhafte Bekanntheit
521 erlangt. Deshalb stellt die Junge Union Schleswig-Holstein die folgenden Forderungen:

- 522 • Es ist eine unabhängige und aus der Gesellschaft erwachsende Institution nach dem Vorbild
523 des österreichischen “Mimikama e. V.” einzurichten, welche gezielt die Bevölkerung über die
524 sozialen Medien auf die Fake News-Fallen aufmerksam macht und mehr Transparenz im Netz
525 schafft.
- 526 • Vor allem Schülerinnen und Schüler sollen im Rahmen des Wirtschafts- und Politikunterrichts
527 sowie des Deutschunterrichts für Propaganda und Fake News sensibilisiert werden.
- 528 • Die Vorgaben bei der Vergabe der Sendelizenzen sind einzuhalten. Der
529 Rundfunkstaatsvertrag sieht klar vor, dass ausländische staatliche Sender in Deutschland
530 keine Rundfunklizenz erlangen können. Dieser Grundsatz muss auch weiterhin konsequent
531 verfolgt und umgesetzt werden.

532 Für eine freiheitlich-demokratische und liberale Gesellschaft ist es unabdingbar, dass das
533 verfassungsrechtlich verankerte demokratische Modell freier, unabhängiger und kritischer Medien
534 als vierte Gewalt verteidigt und gestärkt wird. Es ist sicherzustellen, dass eine seriöse
535 Berichterstattung gewährleistet wird. Dieses Medienmodell ist eine Voraussetzung dafür, dass
536 unsere pluralistischen Demokratien existieren und funktionieren können. Doch wissen wir als
537 Demokratinnen und Demokraten ebenso, dass Freiheit immer auch mit Verantwortung einhergeht.
538 Die so wichtige und grundgesetzlich verbriefte Pressefreiheit muss daher fit für das
539 “Medienjahrhundert” gemacht werden. Dieses ist durch die Demokratisierung des Internets
540 gekennzeichnet, sodass prinzipiell jede und jeder zur Produzentin bzw. zum Produzenten von
541 Inhalten werden kann und das politische Agendasetting nicht mehr allein in der Hand einer
542 überschaubaren Anzahl von Leitmedien liegt. Diese Pressefreiheit muss bewahrt und gleichzeitig vor
543 dem böswilligen Eingriff feindlicher Mächte geschützt werden. Dabei sind wir uns der Sensibilität

staatlicher Eingriffe in die Medienwelt bewusst. Es kommt daher umso mehr auf mündige und resiliente Staatsbürgerinnen und Staatsbürger an, welche eine umfassende Medien- und Demokratiebildung erfahren müssen. Die Demokratie als Staats- und Gesellschaftsform darf sich im globalen Systemwettbewerb des nächsten Jahrhunderts nicht von autokratischen Regimen von Innen destabilisieren lassen. Auch deshalb halten wir eine starke zivilgesellschaftliche Front gegen Fake News und Propaganda für unabdingbar. Die Einrichtung und Bekanntmachung eines staatlich geförderten Vereins nach dem Vorbild des österreichischen “Mimikama e. V.” kann hierbei ein erstes Entwicklungsziel sein.

Effiziente Bekämpfung von Extremismus

Die Gewährleistung von innerer und äußerer Sicherheit beginnt mit Prävention. Jede Form von Extremismus – links, rechts, religiös oder in sonstiger Weise motiviert – hat in unserer Gesellschaft keinen Platz. Wir bekämpfen jede Form des Extremismus- präventiv und repressiv. Wir setzen uns für ein gesellschaftliches Klima ein, in dem Extremismus stets auf Widerspruch stößt und aktive Zivilcourage gelebt wird. Die Junge Union stellt deshalb die Forderungen:

- Eine effektive Prävention von Extremismus in jeder Lebensphase für alle Bürgerinnen und Bürger muss sichergestellt werden.
- Die Prävention in der frühkindlichen Bildung, an Schulen, Berufsschulen und Universitäten ist zu verstärken.
- Weiterbildungs- und Qualifikationsangebote bei Jobcentern und Agenturen für Arbeit in Bezug auf politische Bildung müssen bereitgestellt werden.
- Ein breites altersgerechtes Angebot für Seniorinnen und Senioren in Bezug auf politische Bildung, insbesondere mediale Kompetenzen und Desinformation, ist zu schaffen.
- Eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz für jegliche Beschäftigte im öffentlichen Dienst vor Dienstantritt ist durchzuführen.
- Eine schnellere und konsequentere Entfernung von Beamtinnen und Beamten sowie Angestellten des öffentlichen Dienstes aus dem Dienst hat zu erfolgen, sofern sich während des Dienstverhältnisses verfassungsfeindliche Tendenzen aufzeigen.
- Jedem Verein, der sich nicht zur Verfassung bekennt, sind finanzielle Förderung und der Zugang zu öffentlichen Institutionen zu verwehren. Jegliche Kooperation mit staatlichen Stellen ist auszuschließen. Es muss ein klares Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung abgegeben werden.
- Der Austausch zwischen den Verfassungsschutzbehörden der europäischen Mitgliedsstaaten sowie von Bund und Ländern und anderen Sicherheitsbehörden hat über einheitliche und

577 geschützte Schnittstellen zu erfolgen. Dieser Austausch soll intensiviert werden. Erkenntnisse
578 müssen dort ankommen, wo sie effektiv eingesetzt werden können.

579 • Die verfassungskonforme Quellen-Telekommunikationsüberwachung und
580 Onlinedurchsuchungen zur Bekämpfung von Extremismus sind zu ermöglichen.

581 • Die Polizei soll dazu befähigt werden, Verschlüsselungstechniken zu knacken.

582 Extremismus stellt eine Bedrohung der inneren Sicherheit dar und muss bekämpft werden. Aus dem
583 Verfassungsschutzberichts 2021 vom Land Schleswig-Holstein vom 20.7.22 geht unter anderem
584 hervor, dass aus dem Phänomenbereich rechts 667 Straftaten (Anstieg um 0,6 % zum Vorjahr) und
585 aus dem Phänomenbereich links 253 Straftaten (Anstieg um 10 % zum Vorjahr) erfasst wurden. Um
586 solche Strömungen effektiv bekämpfen zu können, muss auch dort angesetzt werden, wo sie
587 entstehen. Gründe, warum sich Menschen dem Extremismus zuwenden, sind vielschichtig. Oft sind
588 Misserfolg, Ausgrenzung, fehlende Perspektive und Desinformationen ein treibender Faktor. Daher
589 bedarf es einer effektiven Prävention mit Hilfsangeboten und das in jeder Lebensphase. Die bereits
590 gegenwärtig bestehenden Präventionsmaßnahmen sollen intensiviert werden.

591 Für eine effiziente Bekämpfung von Extremismus reicht Prävention alleine jedoch nicht aus. Dem
592 Staat kommt hier eine Vorbildfunktion zu. Dieser Rolle ist unter anderem dadurch Rechnung zu
593 tragen, dass in Zukunft jegliche Unterstützung oder Kooperation mit Vereinen, die sich nicht
594 eindeutig zu unserer demokratischen Grundordnung bekennen, zu unterlassen sind. Diese
595 Vorbildfunktion ist auch im Umgang mit (potentiellen) Beschäftigten im öffentlichen Dienst, welche
596 verfassungsfeindliche Tendenzen aufzeigen, zu wahren.

597 Um diese Forderungen durchsetzen zu können, bedarf es einer konstruktiven Zusammenarbeit von
598 Polizei und Verfassungsschutz. Dabei wird der Verfassungsschutz tätig, bevor die Befugnisse der
599 Polizei greifen und fungiert damit als Frühwarnsystem. Da dem Verfassungsschutz aber keine
600 polizeilichen Befugnisse zustehen, müssen relevante Informationen der Polizei mitgeteilt werden,
601 damit diese von ihren Befugnissen Gebrauch machen kann. Diese Befugnisse müssen zudem immer
602 wieder an den Stand der Technik angepasst werden. So bedarf es etwa zur Auswertung von
603 verschlüsselten Nachrichten, welche über verschiedene Messenger-Dienste verschickt werden, ein
604 Zugriff an der „Quelle“, welche durch die sogenannte Quellen-Telekommunikationsüberwachung
605 (sogenannte Quellen-TKÜ) sichergestellt werden soll. Im Gegensatz dazu wird bei der Online-
606 Durchsuchung auf die Festplatte des Computers zugegriffen. Vorteil dabei ist, dass über einen
607 gewissen Zeitraum die Tätigkeiten nicht zu erkennen ist. Dabei sind selbstverständlich die Befugnisse
608 in verfassungsrechtlicher Weise auszugestalten.